

Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung	1
1. Reform der Schulverwaltung verabschiedet	1
2. Zweites DRModG	1
II. Aktuelles aus der Rechtsprechung	1
1. VG Frankfurt a. M.: Erste Entscheidungen in Sachen Dienstaltersstufen liegen vor	1
2. HessVGH: Anspruch auf Abgeltung nicht genommenen Erholungsurlaubs	3
3. BVerwG: Rufbereitschaft ist mitbestimmungspflichtig	4
4. Vorlagebeschluss des VG Frankfurt a. M. zum Hessischen Staatsgerichtshof	4
5. Arbeitsgericht Darmstadt: Keine Anrechnung von Zeiten in einem Beamtenverhältnis nach § 16 Abs. 2 Satz 2 ff. TV-H	4
6. VG Darmstadt: Leistungsprämie ist bei der Hinterbliebenenversorgung anzurechnen	5
III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen	5
Tarifrunde 2013 im Bereich der TdL / des Landes Hessen	5
IV. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten	6
V. Neues auf Rehmnetz	6
1. News Gleichstellungsrecht	6
2. Rechtsprechung	6
3. Blog zum Beamtenrecht	6

I. Aktuelles aus der Gesetzgebung

1. Reform der Schulverwaltung verabschiedet

Das Gesetz über die Reform der Organisationsstruktur der Schulverwaltung (s. Newsletter 3, August 2012, S. 2) ist mittlerweile vom Landtag verabschiedet und veröffentlicht worden (GVBl. I 2012, S. 299 ff.). Wie geplant tritt es am 1.1.2013 in Kraft. Inhaltliche Änderungen haben sich nicht ergeben.

2. Zweites DRModG

Dem Vernehmen nach wird das „2. Dienstrechtsmodernisierungsgesetz“ als Initiative der Fraktionen von CDU und FDP noch für das Dezember-Plenum (11.12. bis 13.12.2012) des Hessischen Landtages eingereicht. Unter Beachtung der Geschäftsordnung des Hessischen Landtages müsste es dann am 4.12.2012 vorliegen. Es soll bis zur Jahresmitte 2013 inklusive öffentlicher Anhörungen beraten und dann vor der Sommerpause 2013 verabschiedet werden. Als Datum des weitestgehenden Inkrafttretens ist der 1.1.2014 im Gespräch.

II. Aktuelles aus der Rechtsprechung

1. VG Frankfurt a. M.: Erste Entscheidungen in Sachen Dienstaltersstufen liegen vor

Wir hatten mehrfach über die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur unzulässigen Altersdiskriminierung durch das (ehemalige) System des § 27 BAT informiert (HBR-Newsletter Ausgabe 2, April 2012, S. 2). Selbstverständlich folgte dieser Entscheidung die Fragestellung, ob diese Rechtsprechung auch auf Beamtinnen und Beamte und deren Besoldungsfindung zu übertragen sei. Dies war und ist, auch wegen des nicht mehr einheitlichen Besoldungsrechts, unterschiedlich zu betrachten und zu bewerten. Für **Hessen** (Landes- und Kommunalbereich, DRV Hessen u. a. Dienststellen) gilt unverändert § 28 Abs. 1 BBesG in der am 31.8.2006 geltenden Fassung (nachfolgend „a. F.“ abgekürzt; Art. 125a Abs. 1 Satz 1 GG). Hessen hat insoweit von der ihm seit September 2006 zustehenden Gesetzgebungskompetenz noch keinen Gebrauch gemacht.

Bei der Beurteilung muss man allerdings zwischen den einzelnen Besoldungsordnungen (A, B, R & W) unterscheiden.

a) Beamtinnen & Beamte in der A-Besoldung

§ 28 Abs. 1 BBesG a. F. bestimmt, dass das Besoldungsdienstalter am Ersten des Monats beginnt, in dem das 21. Lebensjahr vollendet war. Dies ist maßgebend für die Einreihung in die jeweilige Besoldungstabelle. Das weitere Aufsteigen bestimmt sich dann nach Zeitablauf in der Kombination mit Leistungsfeststellungen. (§ 27 Abs. 1 Satz 2, Abs. 3 BBesG a. F.). Ob das System des § 28 Abs. 1 i. V. m. § 27 Abs. 1 Satz 2 BBesG a. F. ein Verstoß gegen das Verbot der Diskriminierung wegen des Lebensalters darstellt, ist höchstrichterlich jedenfalls bislang nicht entschieden worden. Die erstinstanzlichen Entscheidungen hatten bislang, wenn auch jeweils mit unterschiedlichen Argumenten, keinen Verstoß gegen das Verbot der Altersdiskriminierung anerkannt (VG Berlin v. 24.6.2010, Az.: 5 K 17.09 -juris-; VG Chemnitz in seinem Urteil v. 3.2.2011 (Az.: 3 K 613/10 -juris; wohl auch das VG Schleswig v. 13.1.2010, Az.: 11 A 216.08 - n. v.). Es wurde u. a. darauf hingewiesen, dass das System des Besoldungsdienstalters nicht mit der Festsetzung eines Lebensjahres übereinstimmt (§ 28 Abs. 2 BBesG) und von daher nicht vergleichbar ist. Von daher verletzt die „Abhängigkeit der Höhe der Besoldung vom Besoldungsdienstalter ... weder nationales noch europäisches Recht“ (VG Chemnitz, Rn. 10 der Entscheidung). Gegen diese Entscheidung wurde das Rechtsmittel der Berufung zum VGH nicht zugelassen. Ob hiergegen eine Nichtzulassungsbeschwerde eingelegt wurde, ist uns nicht bekannt.

Tatsache ist allerdings, dass sowohl beim OVG Sachsen (Az.: 2 A 932/10) als auch beim OVG Berlin-Brandenburg (Az.: 6 B 15.11) Berufungsverfahren anhängig sind. Fünf weitere Entscheidungen, die eine Diskriminierung annehmen, sind vom VG Halle am 28.9.2011, (u. a.) Az.: 5 A 63/10, getroffen worden. Von daher spricht einiges dafür, dass auch diese Frage in den kommenden Jahren höchstrichterlich, ggf. durch ein weiteres Verfahren vor dem EuGH, entschieden wird.

Die allerdings vereinzelt als Begründung für das Vorgehen herangezogene Entscheidung des EuGH v. 8.9.2011, ZTR 2011, S. 664 ff. und diesem folgend die Entscheidung des BAG v. 10.11.2011 (Az.: 6 AZR 481/09 - n. v.) ist so nicht auf den Bereich der A-Besoldung übertragbar. Diese Entscheidung basierte auf Verfahren zu dem System des § 27 Abschn. A Abs. 1 BAT. Zwar war auch dort für die grundsätzliche Eingruppierung und damit den Beginn des Aufstiegs in der Vergütungsgruppe ein Lebensalter maßgebend (21. Lebensjahr), anders jedoch als § 27 Abs. 3 BBesG a. F. war auch das weitere Aufsteigen dann wiederum von der Vollendung eines Lebensjahres abhängig. Demgegenüber sieht das Besoldungsrecht schon seit 1997 auch eine Abhängigkeit von der Leistung vor. Insoweit gab es seit diesem Zeitpunkt keinen Automatismus mehr. Dass davon in der Praxis möglicherweise kein Gebrauch gemacht wird, spielt keine Rolle.

b) Richterinnen, Richter, Staatsanwälte, Staatsanwältinnen in der R-Besoldung:

Im Bereich der Richterinnen und Richter gilt wiederum ein anderes System (§ 38 ff. BBesG a. F.). Auch hier gilt unverändert, dass Hessen von der ihm

NEU!

Produktipp

Ihr neuer Online-Begleiter zu allen Fragen des Tarifrechts.

Erleben Sie das perfekte Hilfsmittel, mit dem Sie Ihre Arbeitsabläufe noch besser organisieren können. Verlassen Sie sich auf eine Wissensquelle in rehm-Qualität, die Sie immer auf den aktuellsten Stand bringt: das rehm cockpit TVöD. Die intelligente Suche sortiert für Sie die Antworten nach Ihren Bedürfnissen – in genau der Tiefe, die Sie wünschen.

„Das ganze Wissen des TVöD
passt in keinen Kopf.
Aber in Ihren Computer.“



JETZT 4 WOCHEN
KOSTENLOS TESTEN!

www.rehm-cockpit.de

seit September 2006 zustehenden Gesetzgebungskompetenz (noch) keinen Gebrauch gemacht hat. Es gilt „versteinert“ das BBesG fort. Soweit nicht feste Gehälter ausgewiesen sind, bestimmt sich das Grundgehalt nach dem Lebensalter (§ 38 Abs. 2 Satz 1 BBesG a. F.). Gleiches gilt für den Aufstieg in der Tabelle (§ 38 Abs. 1 Satz 1 BBesG a. F.). Dieses System scheint mit Blick auf die Rechtsprechung des EuGH zum Verbot der Diskriminierung wegen Alters nicht mehr haltbar zu sein.

c) W- bzw. B-Besoldung

Anders als im Bereich der A- bzw. R-Besoldung wird das Grundgehalt im Bereich der W-Besoldung (Professorinnen bzw. Professoren) bzw. der B-Besoldung nach festen Grundgehältern bemessen. D. h., innerhalb der festgelegten Besoldungsgruppe gibt es keinen Aufstieg. Von daher tritt das Problem einer möglichen Diskriminierung wegen Alters hier nicht auf. Die **W-Besoldung** in Hessen wird im Übrigen mit Wirkung **zum 1.1.2013 neu geregelt**. Die Notwendigkeit dazu ergibt sich aus der Entscheidung des BVerfG v. 14.2.2012. Das Gericht hatte im Wesentlichen das Ungleichgewicht von feststehender Besoldung einerseits und leistungsbezogenen Einkommensbestandteilen andererseits gerügt.

d) Die Entscheidungen des VG Frankfurt a. M. vom August 2012 & weiteres Verfahren

Nunmehr liegen die ersten Entscheidungen des VG *Frankfurt a. M.* vor. In insgesamt 4 Fällen – 3 Fällen aus dem Bereich der R-Besoldung, einem Fall aus der A-Besoldung – hat das Gericht am 23.8.2012 entschieden, dass die Lebenszeit- und Dienstaltersstufen im hessischen Besoldungsrecht europarechtswidrig sind. Das Land wurde insoweit verpflichtet, Besoldungsnachzahlungen aus der jeweils höchsten Stufe der Besoldungsgruppe vorzunehmen (Az.: 9 K 1175/11.F; 9 K 5034/11.F; 9 K 5036/11.F und 9 K 8/12.F). Aus mittlerweile allen vorliegenden Entscheidungen ist klar zu entnehmen, dass die tragenden Urteilsgründe sich auf das mit dem System des Besoldungsdienstalters verbundene zu Grunde liegende Lebensalter stützen. Die Besoldung der Kläger, die sich in der Besoldungsstufe R 1 bzw. R 2 befinden, orientiere sich ausschließlich am Lebensalter. Dies sei jedoch europarechtlich untersagt (RL 2000/78/EG). Dies hat das Gericht auch für das insoweit abweichende System im Bereich der A-Besoldung so gesehen. Die gegebenen Möglichkeiten des verzögerten bzw. verkürzten Aufstiegs in den Stufen

ändern am Grundprinzips nichts. Es kommt hinzu, dass von diesen Möglichkeiten jedenfalls im Bereich der Landesverwaltung praktisch kein Gebrauch gemacht wird. Als Besonderheit ist zu vermerken, dass das Gericht in allen vier Fällen den **Grundsatz der „zeitnahen Geltendmachung“** (= im laufenden Haushaltsjahr, für das aktuelle Haushaltsjahr) nicht zur Anwendung gebracht hat. Es hat die Ansprüche unter Beachtung der tatsächlichen Geltendmachung und unter Beachtung der 3-jährigen zivilrechtlichen Ausschlussfrist (§§ 195, 204 Abs. 1 Nr. 1 BGB) zugewilligt. In einem Fall unter Beachtung der Geltendmachung im November 2011 dann sowohl für das Jahr 2011 als auch für die Jahre 2008, 2009 und 2010. Die **Beschwerde** zum HessVGH wurde in den drei vorliegenden Fällen **nicht zugelassen**. Das Land Hessen wird die Nichtzulassungsbeschwerde einlegen. Von daher sind bzw. werden alle Entscheidungen nicht rechtskräftig.

VG *Frankfurt a. M.* v. 23.8.2012 Az.: 9 K 1175/11.F; 9 K 5034/11.F; 9 K 5036/11.F und 9 K 8/12.F.

Nichtzulassungsbeschwerden werden jeweils eingelegt.

2. HessVGH: Anspruch auf Abgeltung nicht genommenen Erholungsurlaubs

Die Rechtsprechung zur finanziellen Abgeltung objektiv nicht mehr nehmbarer Erholungsurlaubs verfestigt sich. Der HessVGH hat jetzt in einem mit dem



Produktipp

v. Roetteken

Hessisches Gleichberechtigungsgesetz - HGIG



Loseblattwerk in 3 Ordnern
€ 159,95 zzgl. Aktualisierung
€ 199,95 ohne Aktualisierung
ISBN 978-3-7685-6602-5

[\[Mehr Info\]](#)

Das Hessische Gleichberechtigungsgesetz hat vielfältige Auswirkungen auf die Organisation öffentlicher Dienstleistungen und die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse. Der Kommentar gibt eine Hilfe bei der Anwendung des Gesetzes und bietet zugleich auch Anregungen, wo und wie Verbesserungen im Sinne von mehr Gleichberechtigung gemacht werden können.

Rechtsschutz des ver.di Landesbezirks betriebenen Fall entschieden, dass einem Bundesbeamten, der bei Eintritt in die Freistellungsphase der Altersteilzeit noch einen restlichen Anspruch auf Erholungsurlaub im Umfang von 3 Tagen hatte, diesen jedoch wegen vorheriger individueller Arbeitsüberlastung und Krankheit nicht nehmen konnte, ein finanzieller Ausgleich zusteht. In der schriftlichen Begründung weist der HessVGH ausdrücklich auf die Entscheidung des EuGH v. 3.5.2012 (Az.: -C-337/10) auf den Vorlagebeschluss des VG Frankfurt a. M. v. 25.6.2010 (ZBR 2011, S. 66, 67) hin. In dieser Entscheidung des EuGH sei (mittlerweile) rechtsgrundsätzlich geklärt, dass sich der Abgeltungsanspruch aus Art. 7 Abs. 2 der Richtlinie 2003/88/EG auch auf Beamtinnen und Beamte beziehe. Im Übrigen liegt die Endentscheidung des VG Frankfurt a. M. nach der Beantwortung des Vorlagebeschlusses durch den EuGH mittlerweile ebenfalls vor (VG Frankfurt a. M. v. 20.8.2012, Az.: 9 K 1691/12.F). Zwar wurde dem Kläger im vorliegenden Verfahren lediglich ein finanzieller Abgeltungsanspruch in Höhe von 362,37 € zugebilligt, gleichwohl ist mit dieser Entscheidung nunmehr auch durch ein nationales Instanzengericht der grundsätzlich bestehende Abgeltungsanspruch festgestellt worden.

HessVGH v. 26.09.2012, Az.: 1 A 161/12.

Die Beschwerde zum BVerwG wurde nicht zugelassen. Hiergegen hat die unterlegene Deutsche Post

AG mit Schreiben v. 23.10.2012 die Nichtzulassungsbeschwerde eingereicht.

3. BVerwG: Rufbereitschaft ist mitbestimmungspflichtig

Die Anordnung von Rufbereitschaft ist eine Festlegung zu Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und unterliegt daher der Mitbestimmung der Personalvertretung. Mit dieser Entscheidung gibt das BVerwG die seit Jahren auch von den Instanzengerichten vertretene andere Auffassung auf. Zwar unterfalle die Rufbereitschaft unverändert nicht dem arbeitszeitrechtlichen Begriff der „Arbeitszeit“, dies sei jedoch für die mitbestimmungsrechtliche Einordnung ohne Bedeutung, so das Gericht. Die Anordnung von Rufbereitschaft tangiere die Interessen der davon betroffenen Menschen in gleicher Weise wie eine Arbeitszeitverteilung innerhalb des Betriebes bzw. der Dienststelle. Von daher unterliegt sie der Mitbestimmung. Die Entscheidung ist ergangen zu § 74 Abs. 1 Nr. 9 HPVG und von daher in Hessen zu beachten. Dies gilt aber auch für alle anderen Personalvertretungsgesetze mit einem identischen bzw. vergleichbaren Beteiligungstatbestand.

BVerwG v. 4.9.2012, Az.: 6 P 10.11

4. Vorlagebeschluss des VG Frankfurt a. M. zum Hessischen Staatsgerichtshof

In dem Verfahren des Vorlagebeschlusses des VG Frankfurt a. M. v. 15.8.2011 zum Hessischen Staatsgerichtshof (HBR-Newsletter Nr. 4/2010, S. 3) gab es auch bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe in der Sache keine Entscheidung. Mit dem Vorlagebeschluss will das VG Frankfurt a.M. geklärt wissen, ob § 9 Abs. 2 HPVG insoweit mit Art. 37 Abs. 1 HV vereinbar ist, als das Wahlrecht im Falle der Zuweisung bzw. Abordnung verloren geht.

HessStGH, Az.: P.St.2344

5. Arbeitsgericht Darmstadt: Keine Anrechnung von Zeiten in einem Beamtenverhältnis nach § 16 Abs. 2 Satz 2 ff. TV-H

Das Gericht hatte über eine Fallkonstellation zu entscheiden, bei der ein im Beamtenverhältnis befindlicher Lehrer sich in der Freistellungsphase der Alters-

Produktipp

v. Roetteken/Rothländer

Hessisches Bedienstetenrecht - HBR

Teilausgabe I: Personalvertretungsrecht



Loseblattwerk in 4 Ordnern
ISBN 978-3-7685-9511-7
€ 149,95 zzgl. Aktualisierung
€ 299,95 ohne Aktualisierung

[\[Mehr Info\]](#)

Der ausführliche Kommentar zum HPVG ist mit vielfältigen Hinweisen zu Literatur und Rechtsprechung versehen und lässt die Bezüge zum BPersVG sowie zum BetrVG ebenso deutlich erkennen wie die Besonderheiten des hessischen Rechts. Umfangreich sind vor allem die Grundlagen des Personalvertretungsrechts im Dienst-, Arbeits- und Verfassungsrecht herausgearbeitet.

teilzeit befindet. Während dieser Zeit schloss er einen Arbeitsvertrag mit dem Staatlichen Schulamt in X-Stadt über eine wöchentliche **Unterrichtsverpflichtung** von 8 Wochenstunden. Er wurde dabei in die EG 13, Stufe 1 einsortiert. Mit der arbeitsgerichtlichen Klage verfolgte er das Ziel, die **Zeiten der vorherigen beruflichen Tätigkeit anzuerkennen** und dies auch bei der Stufenzuordnung zu beachten. Im Ergebnis erfolglos. Das Arbeitsgericht wies darauf hin, dass nach dem Wortlaut des § 16 Abs. 2 Satz 2 ff. TV-H die vorherige Berufserfahrung „in einem Arbeitsverhältnis erlangt worden sein“ muss. Das Beamtenverhältnis sei aber nun gerade kein Arbeitsverhältnis, sondern eben ein besonderes Dienst- und Treueverhältnis. Die Berufung gegen die Entscheidung wurde nicht zugelassen. Uns ist nicht bekannt, ob hiergegen die Nichtzulassungsbeschwerde eingelegt wurde.

Arbeitsgericht Darmstadt v. 28.2.2012, Az.: 9 Ca 412/11

6. VG Darmstadt: Leistungsprämie ist bei der Hinterbliebenenversorgung anzurechnen

Das VG Darmstadt hatte über einen Fall zu entscheiden, bei der eine im aktiven Beamtenverhältnis ste-

hende Beschäftigte **neben der Besoldung auch Witwenversorgung** aus der Pension des verstorbenen Ehemannes bezieht. Parallel dazu wurde in einem Monat eine **Leistungsprämie** in Höhe von 500,00 € gezahlt. Die Behörde rechnete diese Prämie im Rahmen des § 53 HBeamtVG auf die laufenden Versorgungszahlungen an. Hiergegen wandte sich die Klägerin mit dem Hinweis, dass eine Leistungsprämie kein laufendes Einkommen darstelle und von daher nicht anzurechnen sei. Letztlich erfolglos. Zwar musste das Gericht auf Grund verfahrensrechtlicher Probleme zu diesem Aspekt nicht mehr gesondert Stellung nehmen, es wurde jedoch offensichtlich, dass die Anrechnung auch einer Leistungsprämie im Rahmen des § 53 HBeamtVG akzeptiert wird.

VG Darmstadt v. 13.09.2012, Az.: 1 K 687/11.DA

III. Aktuelles aus dem Tarifgeschehen

Tarifrunde 2013 im Bereich der TdL / des Landes Hessen

Derzeit laufen die Vorbereitungen für die Tarifrunden des Jahres 2013 im Bereich der TdL bzw. des Landes Hessen. Die Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst (BTKöD) der Gewerkschaft ver.di wird am 11. Dezember die Forderung für den Bereich der TdL beschließen. Unter Beachtung von eventuellen Besonderheiten wird diese Forderung dann auch für den Bereich des Landes Hessen, der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt a. M. sowie der Technischen Universität Darmstadt übernommen. Die Forderungsmitteilung wird mithin noch im Dezember 2012 erfolgen. Die Verhandlungen im Bereich der TdL beginnen am Donnerstag, den 31.1.2013 in Berlin. Der hessische Auftakt findet am Freitag, den 1.2.2013 in Wiesbaden statt.

*Christian Rothländer,
Sekretär beim ver.di Landesbezirk Hessen,
Mitherausgeber des „Hessisches Bedienstetenrecht“*

Produktipp

v. Roetteken/Rothländer

Hessisches Bedienstetenrecht - HBR

Teilausgabe IV: Beamtenrecht



Loseblattwerk in 7 Ordnern
ISBN 978-3-7685-9811-8
€ 269,95 zzgl. Aktualisierung
€ 399,95 ohne Aktualisierung

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kommentar zum HBG stellt neben der Gesetzgebungsgeschichte stets auch den Bezug zum Verfassungs- und Arbeitsrecht dar. Gleichzeitig enthalten die Erläuterungen umfangreiche Nachweise zu Rechtsprechung und Literatur. Außerdem werden auch neue alternative Lösungsansätze vorgestellt, um die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtenrechts in einer zeitgemäßen Weise zu modernisieren.

IV. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten

In dieser Vorschau erhalten Sie einen Überblick über den Inhalt der nächsten Aktualisierungslieferungen.

Sie gibt den derzeit geplanten Stand wieder, der aber kurzfristig noch geändert werden kann.

November 2012:

260. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
= Tarifrecht
TVöD, TVöD-V, TVÜ, TV-AöD, TV Ärzte

Dezember 2012:

261. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
124. Aktualisierung der Teilausgabe IV
§§ 28-30 HBG
§§ 4, 6-9 HBeamtVG

Januar 2013:

262. Aktualisierung der Gesamtausgabe =
71. Aktualisierung der Teilausgabe I
§§ 26-29, 33, 41, 44, 78 HPVG
HGIG (Text)

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes und zu seinen Teilausgaben finden Sie [hier](#).

V. Neues auf Rehmnetz

1. News Gleichstellungsrecht Zwischen Arbeit und Familie

2. Rechtsprechung

Verzicht auf Erstattung von Reisekosten für eine Schulfahrt

Streikverbot für Kirchenmitarbeiter gelockert

3. Blog zum Beamtenrecht

Unser Experte Dr. Maximilian Baßlsperger kommentiert wöchentlich die Beamtenrechtsreform und ihre Folgen – immer mit einem wachsamem und kritischen Auge. **Die neuesten Themen:**

Steinbrücks Nebeneinkünfte aus der Sicht seiner Beamten

Massiver Überstundenanfall bei der Polizei

Vor 33 Jahren: Polizist fälschte Schulzeugnis

Zu weiteren Blog-Beiträgen geht es [hier](#).

Impressum:

R.v.Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH,
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg
E-Mail: claudia.luz@hjr-verlag.de
Tel. 062 21/489-146, Fax 062 21/489-523

Abbestellen:

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer Abonnentenliste eingetragen sind. Selbstverständlich können Sie ihn jederzeit abbestellen, indem Sie eine entsprechende E-Mail schicken an hbr@hjr-verlag.de.

Disclaimer:

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im HBR-Newsletter können wir keine Haftung übernehmen. Sollte ein Link oder dessen Inhalte gegen Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir davon Kenntnis erhalten.

©2012, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg